

Geschäftsleitung der
Regierungsstatthalterinnen
und Regierungsstatthalter
Scheibenstrasse 3
3600 Thun

20. März 2019

Kontaktstelle:

Geschäftsstelle der
Regierungsstatthalterämter
E-Mail: rsta.geschaeftsstelle@jgk.be.ch
Tel. 031 635 98 87

Geht an:

- Einwohner- und gemischte Gemeinden
- Regierungsstatthalterämter
- Diverse Abonnenten

Information

Konzept Waldbrandgefahr und Feuerverbot Kanton Bern: Informationen, Zuständigkeiten, Koordination und Kommunikation



1. Einleitung

Die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter haben sich mit den kantonalen Partnerorganisationen (Kantonspolizei (KAPO), Amt für Wald (KAWA), Feuerwehrenspektorat (GVB) und Kommunikation Kanton Bern (KOM BE) und dem Verband bernischer Gemeinden (VBG) bezüglich Vorgehen bei Waldbrandgefahr abgesprochen. Nachfolgend werden die wichtigsten Informationen und Absprachen zusammengefasst.

Diese Information ersetzt die BSIG-Information 9/921.111/1.1 vom 21. März 2018.

2. Zuständigkeiten

Gemäss Art. 21 Abs. 1 der Kantonalen Waldverordnung (KWaV) ist das Feuern im Wald im Kanton Bern nur gestattet, soweit alle erforderlichen Massnahmen getroffen sind, um die Entstehung von Feuerschäden auszuschliessen.

Im Kanton Bern beurteilt das Amt für Wald (KAWA) die Wald- und Flurbrandgefahr laufend (Art. 21 Abs. 2 KWaV). Es ist für die Waldbrandwarnung verantwortlich, erstellt eine lokale/regionale Gefahrenprognose und berät Entscheidungsträger (Regierungsstatthalter, Gemeinden, Eventorganisatoren etc.) fachlich.

Die Waldabteilungen unterstützen die Präventionsarbeit im Wald und in Waldesnähe durch das Aufhängen von Feuerverbotsschildern.

Im Brandfall steht das KAWA nach Möglichkeit zur Fachberatung der Einsatzkräfte (Feuerwehren) zur Verfügung. Fachberatung umfasst die Beurteilung von Feuerverhalten, Brandgut und gefährdeten Wäldern sowie Hinweise zur Sicherheit der Feuerwehrleute.

Bei Waldbrandgefahr kann die Regierungsrätin oder der Regierungsrat (RSTH) das Feuerverbot in den gefährdeten Gebieten untersagen (Art. 21 Abs. 3 KWaV). Gestützt auf diese Bestimmung liegt die Zuständigkeit zum Erlass eines Feuerverbotes einzig beim RSTH. Eine kommunale Zuständigkeit lässt sich weder aus der allgemeinen polizeilichen Generalklausel noch aus der sicherheitspolizeilichen Zuständigkeit der Gemeinden ableiten, auch nicht aus Art. 30 KWaG (Abwehr von Naturereignissen).

3. Information und Beratung

Aktuelle Informationen zum Thema „Waldbrandgefahr und Feuerverbote“ sind insbesondere bei folgenden Quellen jederzeit öffentlich zugänglich:

- Website KAWA: www.be.ch/waldbrandgefahr;
- Police App der Kantonspolizei (KAPO)
- www.waldbrandgefahr.ch
- www.naturgefahren.ch

Ergänzend zu den öffentlich zugänglichen Informationen steht den Gemeinden die Fachberatung Waldbrand des KAWA (waldbrand@vol.be.ch, oder 031 636 12 00) zu Bürozeiten zur Verfügung. Im Ereignisfall kann ein Fachberater über die REZ angefordert werden.

Ab „erheblicher“ Waldbrandgefahr stellt das KAWA den RSTH und den weiteren Partnerbehörden (Kantonspolizei, Gebäudeversicherung, Kommunikation Kanton Bern [KomBE]) regelmässig eine verwaltungsinterne Lagebeurteilung zu. Sie ist nicht zur Veröffentlichung gedacht.

4. Warnstufen und Verhaltenshinweise des KAWA

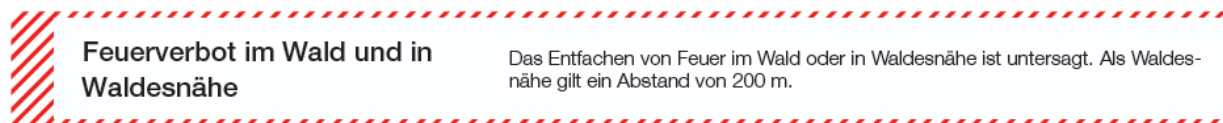
Die Gefahrenbeurteilung unterscheidet folgende fünf Gefahrenstufen, die mit den jeweiligen Beschreibungen und Verhaltenshinweisen verknüpft sind:

Gefahrenstufen

Verhaltenshinweise

1 gering	Entstehung von kleinen Feuern kann nicht ganz ausgeschlossen werden. Es braucht dazu jedoch eine grosse Energiezufuhr. Blitzschläge verursachen kaum einen Brand. Feuerausbreitungsgeschwindigkeit ist generell langsam.	Raucherwaren und Streichhölzer nicht sorglos wegwerfen.
2 mässig	Spontane Feuer können lokal entstehen. Blitzschläge verursachen nur selten einen Flächenbrand. Feuerausbreitungsgeschwindigkeit ist langsam bis mittel.	Raucherwaren und Streichhölzer nicht sorglos wegwerfen. Feuer immer beobachten und Funkenwurf sofort löschen.
3 erheblich	Brennende Zündhölzer und Funkenflug eines Grillfeuers können einen Brand entfachen. Auch Blitzschläge können Flächenbrände auslösen. Feuerausbreitungsgeschwindigkeit ist in offenem Gelände hoch. Im Wald ist sie mittel.	Grillfeuer nur in bestehenden Feuerstellen entfachen. Alle Feuer immer beobachten und Funkenwurf sofort löschen. Anweisungen der lokalen Behörden unbedingt befolgen.
4 gross	Brennende Zündhölzer, Funkenflug eines Grillfeuers und Blitzschläge entfachen sehr wahrscheinlich ein Feuer. Feuerausbreitungsgeschwindigkeit ist auch im Wald hoch.	Grillfeuer nur in fest eingerichteten Feuerstellen und mit grösster Vorsicht entfachen. Bei starkem Wind ganz darauf verzichten. Keine sonstigen Feuer im Freien. Anweisungen der lokalen Behörden unbedingt befolgen.
5 sehr gross	Ausbruch von Bränden jederzeit möglich. Feuerausbreitungsgeschwindigkeit ist im offenen Gelände und im Wald über lange Zeit sehr hoch.	Generell keine Grill- oder sonstige Feuer entfachen. Anweisungen und Feuerverbote der lokalen Behörden unbedingt befolgen.

5. Feuerverbote



Hinweis: Feuerverbote beinhalten für das betroffene Gebiet immer auch ein Feuerwerksverbot sowie ein Verbot jeglicher Aktivitäten, die einen Funkenflug verursachen könnten. Die Verbote werden von den Regierungsstatthalterämtern erlassen.

Als Zwischenstufe zwischen einem Feuerverbot in Wald- und Waldesnähe und einem Feuerverbot im Freien kann die zuständige Regierungsstatthalterin bzw. der zuständige Regierungsstatthalter für den 1. August ergänzend zu einem Feuerverbot in Wald und Waldesnähe ein Feuerwerksverbot und ein Verbot von Höhenfeuern im Freien erlassen.

6. Feuerverbote als Ultima Ratio /Prinzip der Verhältnismässigkeit

Die RSTH sprechen Feuerverbote zurückhaltend aus. Wenn ein Feuerverbot zu lange in Kraft bleibt, besteht die Gefahr, dass die gewünschte Wirkung auf das Verhalten der Bevölkerung nachlässt. Zusammen mit der Fachberatung des KAWA ist der richtige Zeitpunkt und die (voraussichtliche) Dauer eines Feuerverbots sorgfältig abzuwägen.

Vor Erlass eines Feuerverbots werden immer auch die diesem entgegenstehenden Interessen in die Erwägungen einbezogen, wobei dem Schutz des Waldes, dem Schutz der Bevölkerung und dem Schutz von Gebäuden und Infrastrukturen ein sehr hoher Stellenwert zukommt. Die Interessenabwägung kann allenfalls dazu führen, den Umfang des Verbots zu beschränken.

7. Vorgehen beim Erlass von Feuerverboten

7.1 Gefahrenstufen des KAWA als sachliche Grundlage

Ausgangspunkt und Grundlage eines Feuerverbots in Wald- und Waldesnähe durch die RSTH bildet in jedem Fall die Gefahrenbeurteilung des KAWA mit den fünf Stufen und den zugehörigen Verhaltenshinweisen. Bei Bedarf sprechen sich die RSTH zudem mit den Gemeinden in ihrem Verwaltungskreis ab.

Feuerverbote können ab Gefahrenstufe „GROSS“ erlassen werden. Bei Gefahrenstufe „SEHR GROSS“ ist ein Feuerverbot generell möglich.

Gestützt auf das Prinzip der Verhältnismässigkeit und im Hinblick auf eine wirksame Umsetzung werden Feuerverbote in der Regel möglichst auf Wald und Waldesnähe (Sicherheitsabstand von 200 m) beschränkt. Bestehen zwischen den einzelnen Regionen/Verwaltungskreisen relevante Unterschiede hinsichtlich dem Ausmass der Trockenheit und der dadurch bedingten Wald- und

Flurbrandgefahr bzw. der entsprechenden Gefahrenbeurteilung und -prognose des KAWA, sind differenzierte Feuerverbote auszusprechen. Die RSTH behalten sich zudem vor, in begründeten Fällen ausnahmsweise von der Gefahrenprognose des KAWA abzuweichen.

7.2 Entscheidungsfindung der RSTH; Information der Partnerbehörden

Um eine einheitliche, koordinierte Information der Bevölkerung zu gewährleisten, versichern sich die RSTH in Rücksprache mit ihren Kolleginnen und Kollegen und dem KAWA vor Erlass eines Feuerverbotes, ob ein solches auch in einem oder mehreren anderen Verwaltungskreisen zur Diskussion steht. Trifft dies zu, sprechen sich die betroffenen RSTH untereinander ab und koordinieren insbesondere den Zeitpunkt des Erlasses und die Kommunikation des Feuerverbotes.

Sobald feststeht, in welchen Verwaltungskreisen ein Feuerverbot erlassen bzw. aufgehoben oder auf Massnahmen verzichtet wird, informieren die RSTH unverzüglich die Partnerbehörden (KAWA, Kapo, GVB, KomBE) und die Gemeinden in ihrem Verwaltungskreis.

7.3 Kommunikation

Die RSTH kommunizieren Feuerverbote (oder deren Abänderung/Aufhebung) in jedem Fall (gemeinsam) via KomBE. Die Medienmitteilung von KomBE wird auch auf der Website der RSTA und den Plattformen der Partnerorganisationen veröffentlicht.

7.4 Hotline RSTH

Die RSTH stehen der Bevölkerung und den Gemeinden zur Beantwortung von Fragen zu Feuerverboten während der ordentlichen Bürozeiten zur Verfügung. Bei Erlass eines Feuerverbotes betreiben die RSTH in der Zeit von 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr eine gemeinsame Hotline in den Sprachen Deutsch und Französisch zur Beantwortung von Fragen. Nach 20.00 Uhr sowie an den Wochenenden werden die beiden Hotline-Nummern (Deutsch bzw. Französisch) zur KAPO umgeschaltet.

7.5 Vollzug

Die einzelnen RSTH werden beim Vollzug des erlassenen Feuerverbotes von den Partnerbehörden wie folgt unterstützt:

KAWA (Fachberatung Waldbrand)	stellt die Publikation auf den Internetseiten (vgl. Ziffer 2) sicher
KAWA (Waldabteilungen)	beschildern die betroffenen Waldgebiete.
KAPO	vollzieht das Feuerverbot direkt durch Ansprechen Fehlbarer und Anzeigen.

Gestützt auf die Zuständigkeiten haben die Gemeinden beim Vollzug eines Feuerverbotes – abgesehen vom Einsatz der Feuerwehr bei Brandfällen – keine hoheitlichen Befugnisse. Im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit werden

die Gemeinden jedoch gebeten, die kantonalen Behörden beim Vollzug eines Feuerverbots wie folgt zu unterstützen:

- Absperren und Beschildern* von Feuerstellen;
- Beschilderung* und Information der lokalen Bevölkerung ausserhalb des Walds;
- Unterstützung beim Vollzug des Feuerverbots (Aufklärung; keine polizeiliche Zuständigkeit).

* Es ist im ganzen Kanton das neue Feuerverbotsschild (Beilage) zu verwenden. Eine Druckvorlage kann auf www.be.ch/waldbrandgefahr heruntergeladen werden.

7.6 Aufhebung Feuerverbot

Die Aufhebung von Feuerverboten erfolgt analog dem Erlassen eines Feuerverbots. Auslöser ist die Gefahrenbeurteilung des KAWA. Die Aufhebung wird mit den Vollzugspartnern unverzüglich mitgeteilt und anschliessend via KomBE (und den Plattformen der Partnerorganisationen) publik gemacht. Die RSTH informieren die Gemeinden in ihrem Verwaltungskreis. Feuerverbotsschilder sollen nach der Aufhebung umgehend wieder entfernt werden.

**Geschäftsleitung der Regierungsstatthalterinnen
und Regierungsstatthalter des Kantons Bern**



*Martin Künzi,
Vorsitzender a.i.*



*Kurt von Känel,
Geschäftsführer*

Beilage

- Feuerverbotsschild



Feuerverbot Interdiction de faire du feu Fire ban

Wenn's brennt
En cas d'incendie  118
In case of fire

www.be.ch/waldbrandgefahr
www.be.ch/incendie-foret

